

Vermögens- steuer ist Mittelstands- bremse!

Information zur
Bundestagswahl
2021

Folgenschwere Dominoeffekte

Die Grünen, die SPD und die Linke planen jeweils, nach einem Sieg bei der Bundestagswahl die Vermögensteuer wieder zu erheben.

Ihr Ziel: Vermögen soll in Deutschland neu verteilt werden. Doch haben sie die gewaltigen Kollateralschäden überhaupt erkannt? Eine Vermögensteuer hätte folgenschwere Dominoeffekte: Investitionen, Innovationen, Ausbildungsplätze, Arbeitsplätze und Klimaschutz – all das bringt eine Vermögensteuer zu Fall. Sie würde immer die Substanz der Betriebsvermögen in Deutschland schädigen – und das Jahr für Jahr.

Substanzsteuer für den Mittelstand

Für Familienunternehmer gilt: Ihr Vermögen bedeutet Mitarbeiter, Innovationen und Wirtschaftskraft in der Region! Denn ihr Besitz ist bis zu 65 Prozent¹ in Betriebsvermögen gebunden: In Maschinen, Patenten oder Grundstücken. Das sichert über Generationen den Fortbestand mittelständischer Unternehmen. Um darauf Vermögensteuer bezahlen zu können, müssten die Mittelständler auf Innovationen und Investitionen verzichten, im schlimmsten Fall müssten Teile des Betriebs verkauft werden. Die Vermögensteuer schädigt die Substanz der Unternehmen. Die Konsequenz: Sie verlieren Kraft im internationalen Wettbewerb und werden krisenanfälliger. Das schwächt über die Jahre den Wirtschaftsstandort Deutschland deutlich. Wissenschaftler haben berechnet:

1%



Vermögensteuer könnte das BIP-Wachstum um sechs Prozent ausbremsen². Zum Vergleich: Im Corona-Krisenjahr 2020 ist das BIP um fünf Prozent gesunken³.

Deutschland ist sozialer als manche Parteien wahrhaben wollen

Vermögen in Deutschland ist nicht so ungleich verteilt, wie viele glauben. Nicht nur Aktien, Immobilien oder Betriebe sind Vermögenswerte, sondern auch Pensionen und Rentenanwartschaften. Rechnet man die mit, fällt die Verteilung der Nettovermögen viel gleichmäßiger aus: Das individuelle Nettovermögen im Durchschnitt der Bevölkerung ist doppelt so hoch wie ohne Rentenanwartschaften – das gilt vor allem für Personen mit geringem Nettovermögen⁴. Darüber hinaus ermöglichen die sogenannten starken Schultern dem Staat eine kräftige Umverteilung:

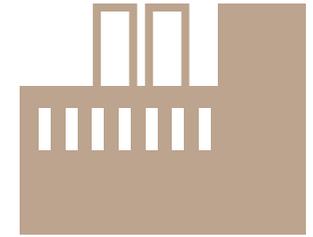


1/3

der gesamten deutschen Wirtschaftsleistung fließt bereits in Sozialleistungen und gewährleistet so den sozialen Ausgleich⁵.

Das große Unwissen über die Wirkung der Vermögens- steuer

1% Vermögen- steuer bedeutet über 10% Steuer- erhöhung



Ein Prozent klingt wenig. Aber: Eine Steuer auf das Betriebsvermögen bedeutet, dass als Bemessungsgrundlage in der Regel der unversteuerte Ertragswert des Betriebs heranzuziehen ist – also der mit dem Faktor 13,75 multiplizierte Jahresertrag. Hiervon muss „ein Prozent“ entrichtet werden. Dadurch kommen Betriebe dann auf eine De-facto-Ertragssteuer-Steigerung zwischen zehn und 25 Prozent! Dieser Wert kann in Branchen mit hohem Asset-Anteil (Maschinen, Immobilien u. a.) noch höher liegen.

Kritisch ist auch, dass die Vermögensteuer selbst dann bezahlt werden muss, wenn ein Unternehmen Verluste macht, da der Wert des Betriebs zur Berechnung der Vermögensteuer herangezogen wird und nicht der Gewinn.

Die Vermögensteuer schwächt die Krisenresistenz der Familienunternehmen

Die Corona-Krise hat gezeigt: Der Krisenresistenz deutscher Familienbetriebe verdanken wir, dass es Deutschland halbwegs gut durch die schwierige Zeit geschafft hat. Kommt die Vermögensteuer, gilt für die nächste Krise: Jeder Euro, der einem Unternehmen durch die Vermögensteuer entzogen wird, fehlt für die dringend benötigte Liquidität – und damit für den betrieblichen Neustart. Und er fehlt für die Produktion, für Investitionen und für die Beschäftigung in den Unternehmen. Die Vermögensteuer ist deshalb eine Mittelstandsbremse. Das Gegenteil wäre richtig: Steuerpolitik ist Wachstumspolitik.

Werden Unternehmen entlastet, trägt das Wirtschaftswachstum von morgen zum Corona-Schuldenabbau bei. Darüber hinaus darf nicht vergessen werden:



Deutsche Unternehmen und ihre Mitarbeiter zahlen bereits die höchsten Steuern, Sozialabgaben und Strompreise.

Die Vermögensteuer verhindert Investitionen und Arbeitsplätze

Bar-Vermögen und betriebliches Vermögen sind sehr unterschiedliche Dinge. Familienunternehmer stecken ihr Geld in den Betrieb.

Sie nutzen es für Klimaschutz, Digitalisierung, neue Arbeitsplätze und Innovationen. Eine Vermögensteuer dagegen zerstört die Substanz der Firmen – selbst wenn es Freibeträge auf Betriebsvermögen gäbe. Ein Beispiel: Der Europa-Park Rust hätte nicht etwa 200 Millionen Euro in den Bau eines neuen Wasserparks investieren können, wenn eine Vermögensteuer gezahlt werden müsste. 130 Firmen und 2.000 Handwerker hätten keine Aufträge erhalten⁶. Neue Arbeitsplätze wären nicht entstanden. 71 Prozent der Familienunternehmer würden im Falle der

angekündigten Steuererhöhungen von Grünen und SPD ihre Investitionstätigkeit stark bzw. sehr stark einschränken müssen⁷. Diejenigen, die ihre Investitionen zurückfahren, würden dies durchschnittlich um 34 Prozent im Bereich Energieeffizienz und Klimaschutz tun. 28 Prozent weniger Investitionen würden in die Erneuerung und in den Ausbau von Produktions- und Sachanlagen fließen.



27%

der Investitionen würden beim Ausbau von Arbeits- und Ausbildungsplätzen zurückgefahren werden.

Wirtschaftliche Prosperität statt Vermögensteuer – im Ausland funktioniert's.



Die Vermögensteuer ist kein globales Erfolgsmodell.

Nur noch drei europäische Länder erheben eine Vermögensteuer: Spanien, Norwegen und die Schweiz. In der Schweiz fallen zudem Einkommen- und Unternehmensbesteuerung viel geringer aus als in Deutschland. Betriebsvermögen werden innerhalb und außerhalb Europas fast überall als volkswirtschaftliche Aktivposten geschätzt.

Frankreich hat die Vermögensteuer abgeschafft nachdem klar wurde: Viele Zahlungspflichtige verlassen das Land. Vor der Abschaffung standen Steuereinnahmen von vier bis fünf Milliarden Euro einer Kapitalabwanderung von sieben Milliarden Euro gegenüber – pro Jahr⁸!

Die Vermögensteuer
kostete Frankreich so
pro Jahr

0,2%

Wirtschaftswachstum.

Quellennachweise

- 1 Demary, Markus / Hentze, Tobias / Kauder, Björn / Niehues, Judith, 2021, Die Rolle der Betriebsvermögen in der Vermögensverteilung, Gutachten des Instituts der deutschen Wirtschaft im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen, Köln
- 2 Bolik, Andreas S. / Fuest, Clemens / Gauß, Hermann O. / Kindler, Cornelia / Neumeier, Florian / Pavel, Ferdinand / Przybilka, Stefan / Schönberg, Nico / Stimmelmayer, Michael / Stöhlker, Daniel, 2017, Ökonomische Bewertung verschiedener Vermögensteuerkonzepte, Studie des ifo Instituts und der Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, München / Stuttgart
- 3 Statistisches Bundesamt, 14.01.2021, Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020 um 5,0 % gesunken, abgerufen am 14.07.2021 von https://www.destatis.de/DE/Presse/Presse-mitteilungen/2021/01/PD21_020_811.html
- 4 Niehues, Judith / Pimpertz, Jochen / Stockhausen, Maximilian, 2021, Gerechtes Deutschland – Die Rolle der Vermögen, Gutachten des Instituts der deutschen Wirtschaft für den vbw, Köln / Berlin
- 5 Creutzburg, Dietrich, 01.07.2021, Sozialstaat wächst immer stärker, abgerufen am 14.07.2021 von Frankfurter Allgemeine Zeitung <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/arm-und-reich/sozialstaat-sozialausgaben-durch-corona-auf-hoehchststand-17415640.html>
- 6 Mack, Roland, 01.07.2021, Dieses Beispiel zeigt, wie gefährlich die Vermögensteuer für Deutschland ist, abgerufen am 14.07.2021 von Welt <https://www.welt.de/wirtschaft/article232232047/Roland-Mack-Der-Ruf-nach-der-Vermoeegensteuer-ist-reiner-Populismus.html>
- 7 DIE FAMILIENUNTERNEHMER e.V., 11.06.2021, Familienunternehmer-Umfrage: Auf „Steuern rauf“ folgt „Investitionen runter“, abgerufen am 14.07.2021 von https://www.familienunternehmer.eu/fileadmin/familienunternehmer/kommunikation/pressemitteilung/umfrage_steuermehrbelastung_investitionsverhalten.pdf
- 8 Gries, Lothar, 10.05.2021, Die Krux mit der Vermögensteuer, abgerufen am 14.07.2021 von Tagesschau <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/vermoegenssteuer-krux-frankreich-iwf-oecd-bedenken-101.html>

Impressum

Bundesgeschäftsstelle
DIE FAMILIENUNTERNEHMER e.V.
Charlottenstraße 24 | 10117 Berlin
Tel. 030 300 65-0 | Fax 030 300 65-390
kontakt@familienunternehmer.eu
www.familienunternehmer.eu

Redaktion:
DIE FAMILIENUNTERNEHMER e.V.

Gestaltung:
fischerAppelt

Druck:
DCM Druck Center Meckenheim GmbH

Auflage:
15.000 Exemplare

**DIE FAMILIEN
UNTERNEHMER**